

NIEDERSCHRIFT Nr.: 1/S

über die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit

- öffentlicher Teil -

am **Mittwoch, 11.09.2019, um 16:25 Uhr**

1. Sitzung in der 20. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 16:25 Uhr

Sitzungsende: 16:36 Uhr

Anwesend:

Vertreter des Senats

Frau Senatorin Vogt

Deputation für Wirtschaft und Arbeit

Herr Robert Bücking

Frau Jasmina Heritani

Frau Bettina Hornhues

Herr Carsten Meyer-Heder

Frau Selinski-Spohler

Herr Dr. Volker Redder

Herr Harald Rühl

Herr Volker Stahmann

Herr Ingo Tebje

Herr Falk-Constantin Wagner

Herr Christoph Weiss

Von der Verwaltung

Frau Staatsrätin Ahlers

Herr Brunßen

Frau Bullenkamp

Herr Dr. Kühling

Herr Meyer

Frau Stellmacher

Herr Stührenberg

Frau Wildner

Gäste

Abg. Weiss eröffnet die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit – öffentlicher Teil. Die Konstituierung und Wahlen sowie die Beschlüsse der staatlichen Deputation werden entsprechend auf die städtische Deputation übertragen.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 1 Konstituierung der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit

a) Wahl des/der Sprecher(s)/in

b) Wahl des/der stellvertretenden Sprecher(s)/in

Beschluss:

a) Wahl des/der Sprechers/in der Deputation

Auf Vorschlag der Fraktion der SPD wird der

Abgeordnete Christoph Weiss

einstimmig zum Sprecher der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit gewählt.

b) Wahl des/der stellvertretenden Sprechers/in der Deputation

Auf Vorschlag der Fraktion der CDU wird der

Abgeordnete Volker Stahmann

einstimmig zum stellvertretenden Sprecher der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit gewählt.

TOP 2 Verfahrensordnung der Deputationen für Wirtschaft und Arbeit

Vorlage Nr. 20/001-L/S

Dep. Dr. Redder hebt positiv hervor, dass die Frist bezüglich der Übersendung der Sitzungsunterlagen der Deputationen auf in der Regel 12 Tage festgelegt werde.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Verfahrensordnung zu.
Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 3 Sitzungstermine der Deputationen für Wirtschaft und Arbeit für das 2. Halbjahr 2019

Vorlage Nr. 20/002-L/S

Senatorin Vogt bedankt sich bei den Abgeordneten und Deputierten für das signalisierte Einverständnis mit der von der Bürgerschaftskanzlei entwickelten Terminplanung.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der vorgeschlagenen Terminplanung für das zweite Halbjahr 2019 zu.
Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 4 Beteiligungsbericht über das 1. bis 2. Quartal 2019

Vorlage Nr. 20/004-L/S

Abg. Meyer-Heder führt an, dass gemäß dem Managementreport die Personalkosten der WFB gegenüber dem Vorjahr um 3 Mio. € gestiegen seien und fragt, wie es dazu kommen könne.

Dep. Dr. Redder äußert, dass die Jahresfehlbeträge bei der Glocke Veranstaltungs-GmbH und der Universum Managementgesellschaft mbH mit der Erhöhung des Landesmindestlohns begründet würden. Gleichzeitig stellt er heraus, dass bei der Glocke Veranstaltungs-GmbH 35 VZE und bei der Universum Managementgesellschaft mbH 63 VZE beschäftigt seien. Vor dem Hintergrund einer Umrechnung der Differenz des zuvor geltenden und aktuellen Mindestlohns in VZE, würde dies sowohl bei der Glocke Veranstaltungs-GmbH, als auch bei der Universum Managementgesellschaft mbH eine Beschäftigungszahl von 26 VZE im Mindestlohnbereich ergeben. Er stellt fest, dass dies einen erheblichen Anteil im Hinblick auf die Gesamt-Beschäftigungszahlen darstelle und bezweifelt, dass die Jahresfehlbeträge allein auf die Erhöhung des Landesmindestlohns zurückzuführen seien. Er bittet im Weiteren um einen Bericht, der aufgreife und darlege, ob seine Umrechnungen und Ausführungen in dieser Form nachvollziehbar seien.

Frau Bullenkamp führt aus, dass in Bezug auf die Personalkosten bei der Glocke Veranstaltungs-GmbH tatsächlich eine hohe Zahl an Aushilfskräften zu beachten sei.

Herr Dr. Kühling ergänzt, dass sich die hohen Beschäftigungszahlen der Universum Managementgesellschaft mbH durch eine Vielzahl an studentischen Hilfskräften ergebe, da die Arbeiten im Bereich der Veranstaltungsbetreuung sehr personalintensiv seien. Angesichts der Beschäftigungszahlen bei der Glocke Veranstaltungs-GmbH bestätigt er die Aussage von Frau Bullenkamp, da zu den dort stattfindenden Veranstaltungen eine hohe Anzahl an Aushilfskräften beschäftigt würden. Bezüglich der Auswirkungen der Erhöhung des Mindestlohns werde in der kommenden Sitzung ausführlich berichtet. Zu den Personalkosten entgegnet er, dass eine Reihe an neuen Aufgaben, beispielsweise durch das Informationsfreiheitsgesetz oder aber auch inhaltliche Aufgaben, anfallen würden und bedient werden müssen. Demnach seien auch mehrere geplante Stellenbesetzungen vorgenommen worden. Zudem sei die geplante Umstrukturierung mit einer Stärkung der mittleren Führungsebene aufgrund des Wegfalls von insgesamt 2 Geschäftsführern bei der WFB umgesetzt worden und es sei außerdem der neue Geschäftsbereich Tourismus in die WFB integriert worden.

Senatorin Vogt schlägt vor, gleich zu Beginn dieser Legislaturperiode, in Verbindung mit einer Deputationssitzung, eine Einführungsveranstaltung zu Controlling- und Beteiligungsberichten durchzuführen, da eine Mehrheit der Abgeordneten zum ersten Mal

in dieser Deputation sitze und daher möglicherweise wenig Erfahrung mit solchen Berichten bestünde.

Abg. Stahmann ergänzt, dass überdies eine Liste mit Abkürzungen hilfreich sei und äußert sich positiv gegenüber dem Vorschlag der Senatorin.

Abg. Weiss fragt, wie es bei der Wirtschaftsförderung dazu komme, dass nach der weitgehenden Einstellung der Veräußerungen von unrentablen Immobilien weiterhin ein Mehrbedarf an Personal bestünde. Außerdem fragt er, ob neben den Erfolgskennzahlen der Wirtschaftsförderung auch die nicht angesiedelten Firmen bzw. verpassten Vertragsabschlüsse erfasst würden.

Herr Dr. Kühling führt aus, dass es methodisch schwer umsetzbar sei die Firmen zu erfassen, die sich schlussendlich nicht in Bremen angesiedelt haben. Eine konkrete Liste zu den nicht angesiedelten Unternehmen werde daher nicht geführt. Man prüfe vielmehr sehr sorgfältig die bekannt gewordenen Gründe für Nichtansiedlungen und reagiere hierauf. Auf der Basis nicht zu erfüllender Flächennachfragen kleinerer Handwerksbetriebe sei beispielsweise erst vor Kurzem das Handwerkerprogramm „Roter Teppich für goldenen Boden“ aufgelegt worden.

Dep. Dr. Redder äußert, dass eine solche Liste über nicht erfolgreiche Ansiedlungen sinnvoll sei, um in weiteren Schritten eine Statistik aufstellen zu können. Auf diese Weise könnte sich ein weiterer Indikator hinsichtlich der Auswertung und Analyse möglicher Firmenansiedlungen für die Controllingberichte ergeben.

Abg. Weiss schließt sich den Ausführungen des **Dep. Dr. Redder** an.

Abg. Dr. Sieling stimmt zu, dass weitere Verfahren und Instrumente zur Gewerbeflächenentwicklung positiv und notwendig seien. Die Aufnahme einer weiteren Liste in den Controllingberichten halte er aufgrund des enormen Bürokratieaufwandes jedoch nicht für hilfreich und zielführend. Dies sei eher Angelegenheit für eine Aufsichtsratsbefassung.

Dep. Dr. Redder ergänzt, dass sich die Partei der FDP für eine halbjährliche statt vierteljährliche Berichterstattung in Bezug auf die Controllingberichte und damit verbundenem Abbau der Bürokratie ausgesprochen hat.

Senatorin Vogt hält die Zielrichtung für nachvollziehbar, die gewonnenen Erfahrungen aus gescheiterten Ansiedlungsbemühungen für eine vorausschauende Gewerbeflächenentwicklung zu nutzen. Entsprechende Instrumente würden bereits im Zusammenhang mit dem Prozess zur Entwicklung des GEP 2030 aufgenommen.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt den Beteiligungsbericht über das 1. bis 2. Quartal 2019 zur Kenntnis.

TOP 5 Beauftragung von Studien im Rahmen der Neuaufstellung des Gewerbeentwicklungsprogramms (GEP 2030)

Vorlage Nr. 20/005-S

Abg. Hornhues erklärt, dass ihr die Ansetzung von 550 Stunden für die Erstellung einer Studie über die Nachverdichtungspotenziale in Gewerbegebieten sehr hoch erscheine. Zudem fragt sie, wann im Rahmen der Neuaufstellung des GEP 2030 mit einer Beteiligung der Beiräte zu rechnen sei.

Herr Dr. Kühling erklärt, dass es sich bei dieser Vorlage um die Beauftragung von Studien als Grundlage für die Erstellung des GEP 2030 handle. Einen besonders wichtigen Bestandteil stelle diesbezüglich die Verdichtung in den Bestandsflächen dar. In diesem Zusammenhang gebe es zentrale Fragen, die es zu beantworten und zu bearbeiten gelte. So müsse insbesondere die Ausnutzung und Entwicklung der bereits bestehenden Gewerbeflächen und Gebäude betrachtet werden. Hierbei sei zu prüfen, ob im Rahmen der Stadtentwicklungsplanung eine höhere Ausnutzbarkeit der Grundstücke planrechtlich zugelassen werden könne. Insgesamt seien diese Überprüfungen sehr arbeitsintensiv, da jedes Grundstück vor Ort in Augenschein genommen und nachfolgend bewertet werden müsse. Zudem seien bundesweite Erfahrungen einzubringen und grundsätzliche Hinweise zur Entwicklung von Bestandsgebieten darzustellen. Dadurch ließe sich die angesetzte Stundenzahl erklären.

Abg. Hornhues fragt, ob bereits Erkenntnisse vorliegen würden, ob und wo Geschosserweiterungen möglich wären.

Herr Dr. Kühling entgegnet, dass im Rahmen der Studie zunächst diese Fragestellung untersucht werden müsse. Eine nachfolgend konkrete Umsetzung von der Bauplanung hin zur Baugenehmigung könne im Rahmen der Studie nicht geleistet werden.

Abg. Bücking hält es für wichtig, dass die Gewerbeflächen eine hohe Wertschätzung genossen. Zusätzlich führt er an, dass im Koalitionsvertrag festgehalten wurde, weitere Erschließungspotenziale in bestehenden Gewerbegebieten herauszuarbeiten.

Abg. Weiss stimmt der **Abg. Hornhues** zu und betont, dass er ebenfalls von einem schnelleren Planungsprozess ausgegangen sei. Er hinterfragt, an welche Firma dieser Auftrag vergeben worden sei.

Herr Dr. Kühling erläutert, dass die Beauftragung noch nicht abgeschlossen sei und diese

erst nach Befassung und Genehmigung durch die Gremien erfolgen könne. Daher könne ein konkreter Name derzeit noch nicht genannt werden.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt den Bericht zur Beauftragung der drei Studien im Rahmen der Neuaufstellung des GEP 2030 zur Kenntnis.

Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Vorlage über den Senator für Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung des Vertreters der Gruppe „Magnitz, Runge, Felgenträger“ sowie gegen die Stimmen der VertreterInnen der Fraktion der CDU.

TOP 6 Berichtsbitte der CDU-Fraktion

1. **Ansiedlung des Produktionswerkes der Firma „328 Support Service“ für den Bau des Kleinflugzeugs „Dornier“ D328Neu in Leipzig**
2. **Stand und weiterer Zeitplan bei der Aufstellung des neuen Bebauungsplans 2514 für die Erweiterungsfläche an der Hanna-Kunath-Straße**
3. **Stand und weiterer Zeitplan bei der Aufstellung des künftigen Gewerbeentwicklungsprogramms (GEP 2030)**

Vorlage Nr. 20/006-S

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 7 Verschiedenes

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Weiss schließt die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit –öffentlicher Teil.

Weiss
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Stellmacher

EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020

Stand: 15.10.2019

Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen **EFRE-Mittel** aller Ressorts sowie die verausgabten Gesamtmittel

Prioritätsachse	verfügbar ¹⁾	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
Achse 1 - Innovation ⁴⁾	48.140.858	49.016.240	13.276.391
Achse 2 - KMU	13.012.593	7.956.750	8.169.598
Achse 3 - CO2	18.543.844	7.387.921	5.192.521
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	12.534.050	10.058.333
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	4.723.790
Programm insgesamt	96.840.070	81.015.815	41.420.633

¹⁾ Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro). Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt Ende 2019.

²⁾ In Deputationen, Parlamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte (beschlossener EU-/EFRE-Anteil ohne nationale Kofinanzierung).

³⁾ Summe förderfähiger und anerkannter (geprüfter) Ausgaben. Aufgrund eines EU-/EFRE-Anteils von i. d. R. 50 % und damit einer erforderlichen nationalen Kofinanzierung in gleicher Höhe sind die Ausgaben nach vollständiger Umsetzung meist doppelt so hoch wie der EU-/EFRE-Beitrag. Tatsächlich ist der in den Projekten erreichte Ausgabenstand bereits höher. Die Ausgaben sind jedoch mehreren, aufwändigen Prüfschritten zu unterziehen. Um die Einheitlichkeit und Qualität der Angaben zu gewährleisten, werden die Ausgaben nur geprüft und damit zeitversetzt ausgewiesen.

⁴⁾ Durch die letzten Beschlüsse ist in Achse 1 bereits eine Überbuchung zu verzeichnen. Überbuchungen sind grundsätzlich hilfreich und auch anzustreben, soweit finanziell darstellbar. Es kann im Rahmen der Abrechnungen immer zu Umschichtungen innerhalb der Achse kommen (z. B. bei Minderbedarfen aus anderen Projekten in der Achse). Es könnte ggf. zusätzliche Mittel in der Achse geben, wenn im weiteren Verlauf der Förderperiode die Zuteilung der Leistungsgebundenen Reserve erfolgt. Soweit notwendig, wäre auch eine Mittelbereitstellung durch eine spätere Programmänderung mit Umschichtung von Mitteln zugunsten von Achse 1 möglich.

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand Ende Legis 19)

Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
23.	Kajensanierung im Kaiserhafen III Vorstellung der weiterentwickelten Konzeption	10.08.2016	Abg. Rupp	Hafenangelegenheit
25.	Jugendberufsagentur	07.09.2016	Abg. Kastendiek	½ jährlich, (zuletzt: 24.04.2019)
30.	Förderung des Zukunftskonzepts Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES) Zwischenbericht nach erster Projektphase	01.03.2017	Abg. Liess	Bremerhaven-Angelegenheit
40.	Zwischenbericht Enterprise Europe Network EEN Bremen 2015-2020	25.10.2017	Abg. Reinken	
43.	Ausschöpfung der Eingliederungstitel – Instrumentenbezogene Auswertung	07.03.2018	Abg. Rupp	zuletzt 20.02.2019
45.	Sachstand Strukturelle Neuaufstellung Tourismusförderung/-entwicklung	13.06.2018	Abg. Reinken	